

und Einpeitschers. Gestützt auf ihre wirtschaftlichen Potenzen übte sie gemeinsam mit den USA zur Durchsetzung des Raketenbeschlusses Druck auf andere westeuropäische Staaten aus und erklärte sich bereit, über 200 atomare Mittelstreckenraketen auf eigenem Territorium zu stationieren.

Die diesen Kurs bestimmenden imperialistischen Kräfte in der BRD konnten diese Rolle spielen, weil die rechten sozialdemokratischen Führer die Kette verhängnisvoller Entscheidungen in der Grundfrage Krieg oder Frieden um ein weiteres Glied verlängerten. Auf dem Parteitag der SPD Ende 1979 wurden die Raketenpläne der NATO befürwortet. Die Tatsachen belegen eindeutig, daß der Imperialismus die Schuld dafür trägt, wenn die internationale Lage an der Wende zu den 80er Jahren merklich komplizierter geworden ist. Ganz offensichtlich ist auch, daß der Übergang von der Entspannung „zur Politik der Konfrontation auf einer Entscheidung beruht, die nicht von heute auf morgen getroffen wurde“<sup>1</sup>.

Einschneidende Schritte zur Verschärfung der internationalen Lage zeichneten sich bei-

spielsweise lange vor der militärischen Hilfsaktion der Sowjetunion für Afghanistan ab. (Siehe dazu auch NW 4/80, S. 155.) Herrschende Kreise der USA nutzten die durch sie selbst herbeigeführte Situation im Mittleren Osten zur Rechtfertigung des von ihnen verfolgten Kurses der Untergrabung der Entspannung. Die gegen die Sowjetunion erhobene Hetze und Verleumdung ist nicht anders als der Versuch zu werten, von den Expansionsabsichten des USA-Imperialismus in diesem Teil der Welt abzulenken.

Über die Möglichkeit solcher politischen Entwicklungen und jähren Wendungen in der internationalen Arena waren sich die sozialistischen Bruderländer nie im unklaren, weil sie um die Ursachen dafür wissen. Die sozialökonomischen Wurzeln imperialistischer Aggressionspolitik und Kriege bestehen fort. Es ist die dem Wesen des kapitalistischen Monopols entspringende Jagd nach Maximalprofit, nach Rohstoffen und Absatzmärkten, die den Imperialismus zu allen, auch zu den schmutzigsten Mitteln aggressiver, menschenfeindlicher Politik greifen läßt, zu Sabotage, Diversion, Mord usw.

## Sicherheit der sozialistischen Länder gewährleistet

Die DDR wird gemeinsam mit den anderen Staaten des Warschauer Vertrages alles Notwendige tun, um die Sicherheit der sozialistischen Länder zu gewährleisten. „Man kann schon heute davon ausgehen“, sagte Erich Honecker, „daß es der NATO nicht gelingen wird, die von ihr angestrebte Überlegenheit über den Warschauer Pakt zu erreichen.“<sup>2</sup>

Im Gegensatz zu dem gegenwärtig extremistischen Standpunkt der USA unternehmen die sozialistischen Länder alles, damit der Prozeß der Entspannung, der Abrüstung und der

Sicherung des Friedens fortgesetzt wird. Dabei mißt unsere Partei der Verstärkung des koordinierten außenpolitischen Vorgehens mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderstaaten erstrangige Bedeutung bei.

Die vom Imperialismus der USA hervorgerufene Zuspitzung der internationalen Lage hat zweifellos auch negative Auswirkungen auf die Entwicklung in Europa sowie auf die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD. Dennoch kann in nächster Zeit gerade in Europa viel für den Frieden

getan werden. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Durchführung der KSZE-Nachfolgekonzferenz in Madrid und die von den Staaten des Warschauer Vertrages vorgeschlagene multilaterale Konferenz über die militärische Entspannung in Europa. Der Kurs unserer Partei auf die Fortsetzung der Entspannungspolitik stützt sich darauf, daß die Entspannung „tiefreichende Wurzeln“ und „alle Chancen“ hat, wie L. I. Breshnew sagte, „die herrschende Tendenz in den Beziehungen zwischen den Staaten zu bleiben“<sup>3</sup>.

Die Erfahrungen der 70er Jahre bestätigen überzeugend, daß der wirksamste und wichtigste Beitrag jedes Kommunisten und Werktätigen zur Sicherung des Friedens, zur Fortsetzung der Entspannung und zum weiteren Voranschreiten des revolutionären Weltprozesses darin besteht, unermüdlich für die Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitages zu kämpfen.

Die entscheidende Basis der Friedens- und Verteidigungspolitik der SED ist die allseitige Stärkung der DDR, insbesondere ihrer ökonomischen Leistungskraft. Jeder muß zugleich wissen, daß die Anforderungen an die militärische Sicherung unserer sozialistischen Errungenschaften wachsen.

Mit klaren Vorstellungen und mit Festigkeit sowie in tiefer Überzeugung vom unausweichlichen Sieg unserer Sache gehen wir an die Lösung aller Aufgaben heran.

Dr. Manfred Teresiak

1) Erich Honecker: Die nächsten Aufgaben der Partei bei der weiteren Durchführung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED. Aus dem Referat vor den 1. Sekretären der Kreisleitungen am 25. Januar 1980, Berlin 1980, S. 13

2) 11. Tagung des ZK der SED, 13./14. Dezember 1979. Berichterstatte: Genosse Erich Honecker, Berlin 1979, S. 24

3) L. I. Breshnew antwortet auf Lebensfragen der Völker. Interview für die „Prawda“. In: Neues Deutschland (B), 14. Januar 1980